

**Andreas Blum:**

**„Wir mischen mit!“**

## **Mitwirkung der Jugendarbeit in der Ganztagschule Beispiele aus Rheinland-Pfalz**

### **Einführung**

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat, insbesondere als Reaktion auf die aktuelle Bildungssituation, mit dem Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung 2003 bis 2007“ insgesamt vier Milliarden Euro Bundeshilfe für den Ausbau von 10.000 Ganztagschulen in allen Bundesländern zur Verfügung gestellt. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen worden, ab 2007 fast an jeder dritten Schule in Deutschland ganztägige Angebote machen zu können (vgl. Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ 2003 – 2007, BMBF 2003).

Die Einführung neuer Ganztagschulen wird die Bildungs- und Jugendarbeitslandschaft nachhaltig verändern. Durch die Diskussionen um die Einrichtung von Ganztagschulen bieten sich dabei Chancen, über das Thema "Schule und Bildung" grundsätzlich neu nachzudenken. Für die Jugendverbände ist es dabei grundlegend wichtig, dass das Angebot einer Ganztagschule freiwillig bleibt und dass nicht die Einführung einer verpflichtenden Ganztagschule angestrebt wird. Eltern und ihre Kinder sollen auch künftig die Wahlmöglichkeit zwischen Halbtags- und Ganztagsangeboten haben (vgl. Positionspapier des Landesjugendrings Rheinland-Pfalz zu Kooperationen von Ganztagschulen und Jugendverbänden 2002; Adresse am Ende des Beitrags).

Im Sinne der Forderung vieler Jugendverbände nach „Bildung statt Betreuung“ muss die Verbesserung des gesamten Bildungsangebotes aus Sicht der Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt stehen, nicht allein eine oftmals von Eltern erwünschte verlässliche Betreuung. Der Betreuungsaspekt kann hier nur ein positiver „Nebeneffekt“ sein, da die Schülerinnen und Schüler als Bildungssubjekte im Mittelpunkt des pädagogischen Handelns stehen müssen. Eine ganzheitliche Bildung muss dabei sowohl kognitive als auch soziale, ästhetische und emotionale Kompetenzen zum Ziel haben. Sie muss „das Lernen lehren, Wissen vermitteln und das Zusammenleben einüben“ (Positionen Außerschulische Bildung des Landesjugendrings Rheinland-Pfalz 2002, S. 3). Die Bildungsangebote müssen daher sehr vielfältig sein und individuelle Fördermöglichkeiten für Kinder und Jugendliche beinhalten, denn „Bildung ist mehr als Schule“ (vgl. Leipziger Thesen zur aktuellen bildungspolitischen Debatte 2002). Hierzu sind eine tragfähige pädagogische Gesamtkonzeption und fachlich qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort notwendig.

### **Ganztagschule in Rheinland-Pfalz**

In Rheinland-Pfalz ist das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend für das Ganztagsschulprogramm zuständig. Das Ministerium betont ausdrücklich die Bildungsorientierung der neu entstehenden Angebote in den Ganztagschulen (vgl. Kinder- und Jugendpolitik des Landes Rheinland-Pfalz 2002). Hier können die Jugendverbände anknüpfen, denn in ihrer Arbeit wird ja selbst organisiertes, lebensweltnahes, soziales und politisches Lernen ermöglicht sowie informelle Bildung mit nichtformeller Bildung

verbunden; damit werden umfangreiche Bildungsprozesse aktiviert. Hier liegt eine nicht zu unterschätzende Stärke der Jugendverbandsarbeit, denn 70% des Lernbedarfs von Menschen in allen Lebensphasen werden in Familie, Gleichaltrigengruppen, Medien und in der Jugendhilfe von informellen Lernprozessen gedeckt. Erst hierauf können die formelle Bildung (wie sie überwiegend in der Schule angestrebt ist) sowie die nichtformelle Bildung aufbauen (Prof. Dr. G.A. Straka, Universität Bremen, nach AGJ Pressemitteilung vom 10.12.2001).

Die Zusammenarbeit von Jugendverbänden in Rheinland-Pfalz mit den ersten neuen Ganztagschulen in offener Form erhält bereits seit dem Schuljahr 2002 neue Dimensionen. Im August 2002 haben in Rheinland-Pfalz 81 Schulen mit über 9.000 Schülerinnen und Schülern begonnen, sich zu Ganztagschulen zu wandeln. Ziel der Landesregierung ist es, in den nächsten vier Jahren an etwa 300 Schulen verschiedenster Schularten ein bedarfsgerechtes und regional ausgewogenes Ganztagsangebot aufzubauen; damit wären etwa 20 bis 25% aller allgemein bildenden Schulen im Land erreicht. Das Investitionsvolumen für pädagogisches Personal umfasst für 2002 15 Mio € für 2003 35 Mio € für 2004 50 Mio € und ab 2005 60 Mio € jährlich. Dies entspricht etwa 1000 Stellen für pädagogisches Fachpersonal (vgl. Koalitionsvereinbarung von SPD und FDP 2001, S. 24 ff.). Trotz angespannter Haushaltslage hat das Ganztagschulprogramm in Rheinland-Pfalz als Leitprojekt der aktuellen Legislaturperiode des Landes oberste Priorität erhalten. Im Juni 2003 ist durch die Neufassung des rheinland-pfälzischen Schulgesetzes die Ganztagschule als „Ganztagschule in Angebotsform“ gesetzlich verankert worden. Dabei wurde auch die Verpflichtung der Schulen zur Zusammenarbeit mit außerschulischen Einrichtungen und Institutionen im Gesetz festgelegt.

Vom Mainzer Bildungsministerium wurden verschiedene konzeptionelle Bestandteile für Ganztagschulen vorgegeben: Jede Schule soll beispielsweise als pädagogische Gestaltungselemente unterrichtsbezogene Ergänzungen, themenbezogene Vorhaben und Projekte, Förderung und Freizeitgestaltung aufweisen (Zusammenarbeit von Ganztagschulen und außerschulischen Partnern, MBFJ 29.11.2001). Mindestens die Hälfte, aber höchstens zwei Drittel des zusätzlichen Personals soll nach ministeriellen Vorgaben aus Lehrkräften bestehen. Die jeweilige Schule erhält zur Finanzierung der personellen Ausgestaltung der Angebote ein eigenes Budget, das von der Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Ganztagsangebot abhängt. In der Grundschule gibt es beispielsweise für eine Mindestteilnehmer/innenzahl von 36 Schülerinnen und Schülern eine Zuweisung von 26, in der Sekundarstufe I für 56 Schülerinnen und Schüler eine Zuweisung von 34 Lehrerwochenstunden (Staatszeitung vom 10.09.22001). Diese Budgets sind relativ knapp bemessen, so dass an den einzelnen Schulen von den Schulleitungen sehr genau überlegt werden muss, welche Kräfte (z.B. Haupt- oder Ehrenamtliche, Lehrkräfte) im Ganztagsschulbereich nachmittags eingesetzt werden können. Weitere Mittel (z.B. für Sachkosten) müssen von der Schule beim jeweiligen Schulträger angefragt werden. Grundsätzlich gilt, dass die Schülerinnen und Schüler an dem Angebot der neuen offenen Ganztagschule freiwillig teilnehmen, sich jedoch für ein Schuljahr verpflichten müssen.

Die verschiedenen Verantwortungsbereiche wurden in vertraglichen Rahmenvereinbarungen festgelegt: Die Gesamtverantwortung bei allen pädagogischen Angeboten liegt bei der Schulleitung, gesetzlicher Unfallversicherungsschutz besteht für alle teilnehmenden Schülerinnen und Schüler sowie Kursleitungen (auch wenn Angebote außerhalb des Schulgeländes stattfinden) und die inhaltliche Durchführung der Projekte sowie die Aufsichtspflicht liegen bei den jeweiligen Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeitern. Projekte werden mit Kooperationspartnern von der Schule in der Regel für ein Jahr abgeschlossen.

Im Sommer 2003 sind 82 weitere Schulen in Rheinland-Pfalz zur Ganztagschule umgestaltet worden. Insgesamt gibt es nun bereits 163 neue offene Ganztagschulen. Mit dem neuen Investitionsprogramm des Bundes können die ersten Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz nun zusätzlich gefördert werden. Für Rheinland-Pfalz steht hier eine Pauschalförderung von 200 Mio. € insbesondere für investive Zwecke und bauliche Maßnahmen der neuen Ganztagschulen zur Verfügung.

Kooperationen von Jugendverbänden mit Ganztagschulen können in Rheinland-Pfalz je nach pädagogischem Konzept unterrichtsbezogene, außerunterrichtliche, kontinuierliche oder projektbezogene Freizeit- und Bildungsangebote innerhalb und außerhalb des Schulgeländes umfassen. Die Hausaufgabenbetreuung bleibt im Schwerpunkt originäre Aufgabe der Schule. Die verschiedenen Angebote finden an vier Nachmittagen einer Woche bis 16 Uhr statt. Dies hängt organisatorisch damit zusammen, dass bei diesem freiwilligen Modell der Ganztagschule alle Schülerinnen und Schüler (ob Ganztagschüler/innen oder nicht) vormittags Schulunterricht haben.

### **„Kooperation von Jugendarbeit und Ganztagschulen“ – ein Projekt des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz**

Von Seiten der rheinland-pfälzischen Landesregierung ist eine enge Kooperation zwischen Ganztagschulen und außerschulischen Partnern, also auch mit Jugendverbänden deutlich angestrebt worden (vgl. Schreiben des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend vom 29.11.2001). Mit dem vom rheinland-pfälzischen Bildungsministerium geförderten Projekt „Kooperation von Jugendarbeit und Ganztagschulen“ trägt der Landesjugendring Rheinland-Pfalz als verbandsübergreifende Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen seit dem Schuljahr 2002 durch Beratung und Information dazu bei, dass sich eine möglichst große Anzahl der ihm angeschlossenen Verbände aktiv an der Durchführung von Angeboten in Kooperationen mit Schulen beteiligt oder in Zukunft beteiligen wird.

Zunächst wurde im Landesjugendring eine Arbeitsgruppe Ganztagschule zur verbandsübergreifenden Vernetzung und fachlichen Weiterentwicklung eingerichtet. Durch Befragungen<sup>1</sup> der Mitgliedsverbände und einiger Ganztagschulen nach durchgeführten und geplanten Kooperationen wurde außerdem ein erstes Bild von Konzepten, Kooperationserfahrungen und -möglichkeiten von Ganztagschulprojekten deutlich. Schließlich wurde der fachliche Austausch mit Ministerium, Jugendverbänden, Bundesjugendring und anderen interessierten Fachleuten begonnen. Erklärtes Ziel ist es, bis zum Jahr 2005 ein Handbuch zu organisatorischen, rechtlichen und inhaltlichen Fragen für Kooperationen von Schulen und Verbänden als „Leitfaden“ für weitere Kooperationen zu erstellen.

Bisher gibt es in verschiedenen vertraglichen Ausformungen 15 Rahmenvereinbarungen des Landes mit verschiedenen außerschulischen Partnern (zum Beispiel mit dem Landesverband der Musikschulen, den Kommunalen Spitzenverbänden oder der evangelischen und katholischen Kirche). Damit sich die Schulen einen Überblick über die Angebote außerschulischer Partner/innen machen können, hat das rheinland-pfälzische Bildungsministerium einen Katalog mit den Adressen von Ansprechpartnerinnen und -partnern an alle Schulen verschickt. Zur Zeit bestehen bei sechs Mitgliedsverbänden des Landesjugendrings Kooperationen mit Schulen, die durchweg positiv beurteilt werden (Blum 2002).

Der überwiegende Anteil des Personals aus den Verbänden des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz, die Schulprojekte durchführen, besteht zur Zeit aus ehrenamtlich Beschäftigten mit sehr unterschiedlicher Aufwandsentschädigung. Es gibt nur wenige Hauptamtliche mit halben Stellen und es bestehen Schwierigkeiten, vorhandenes qualifiziertes ehrenamtliches oder hauptamtliches Personal für eine nur stundenweise Beschäftigung am Nachmittag einzustellen.

### **Angebote von Jugendverbänden an Ganztagschulen**

Dass mittlerweile insgesamt etwa 31% der Ganztagschulprojekte von verschiedensten außerschulischen Kooperationspartnern betreut werden, zeigt, dass die Schulen sich grundsätzlich gegenüber den Angeboten freier Träger geöffnet haben. Das Spektrum der derzeitigen Angebote der Jugendverbände an Schulen umfasst unter anderem so unterschiedliche Bereiche wie Umwelt- und Naturprojekte, Medienangebote, Sport- und Musikangebote oder Erste-Hilfe-Kurse. Außerdem werden Arbeitsgruppen angeboten, in denen sich die Schülerinnen und Schüler beispielsweise intensiv mit Themen wie Kommunikation und Konfliktlösung auseinandersetzen. Die Zahlen der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler in den erhobenen Projekten bewegen sich zwischen 10 und 20, da die Gruppengrößen in den einzelnen Schulen individuell vereinbart werden.

Gefördert und erlernt werden sollen in diesen Angeboten insbesondere soziale, kommunikative, musische und kreative Kompetenzen. Die als Ansprechpartner/innen fungierenden Mitarbeiter/innen möchten, dass die Schüler/innen erlernen, Verantwortung zu übernehmen, sie unterstützen ihre Eigeninitiative und Selbstorganisation, fördern Teamarbeit und vermitteln bei Bedarf zwischen Schülerinnen und Schülern einerseits und Lehrerinnen und Lehrern andererseits.

Insgesamt wird das Schulleben nach ersten Erkenntnissen aus Befragungen durch außerschulische Fachkräfte mit neuen Ideen, Methoden und Arbeitsweisen bereichert. Außerdem werden Themen angeboten, die Lehrer/innen nicht abdecken können. Für die Schüler/innen erweist es sich schließlich als positiv, dass sie ohne Bewertungsdruck unabhängige außerschulische Ansprechpartner/innen erleben, die außerdem einen anderen Zugang zu den Jugendlichen haben. Sie lernen andere Methoden und Themen kennen und erhalten Einblick in örtliche Vereine und Organisationen. Außerdem lernen sie stärker Verantwortung zu übernehmen und werden zur Selbstorganisation befähigt.

Die Verbände werden in den Schulen von Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern insgesamt als kompetenter Träger von Jugendarbeit wahrgenommen. Positiv ist, dass die Verbände in der Schule für ihre Arbeit werben und neue Zielgruppen erschließen können (problematisch ist zum Teil jedoch die räumliche Entfernung des Verbandes zur Schule). Für die Verbandsarbeit erweist sich auch die hundertprozentige Erreichbarkeit auch bildungsferner Kinder und Jugendlicher als vorteilhaft.

### **Probleme für den Kooperationspartner Jugendverband**

Problematisch erscheint vor Ort die Frage der *Freiwilligkeit* der Teilnahme der Kinder und Jugendlichen an den Angeboten. Hier besteht ein hoher Kommunikationsbedarf mit den Schulen, da die Schülerinnen und Schüler sich für ein Jahr verpflichten, an den Ganztagschulangeboten teilzunehmen, und es auch vorkommt, dass Schülerinnen und

Schüler zum Teil unfreiwillig in nicht von ihnen gewählte Projektangebote zugelost werden und daher teilweise unmotiviert sind. Die Verpflichtung der Schülerinnen und Schüler zur Teilnahme hemmt dann Gruppenprozesse und die thematische Arbeit. Vor Ort müssen daher von Schule und Jugendverbänden jeweils gemeinsam akzeptable und praktikable Lösungen gesucht werden (z.B. Schnupperkurse, genauere AG-Ausschreibungen oder offene Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler, die "unmotiviert" sind). Die Kinder und Jugendlichen sollten auf jeden Fall nicht aufgrund organisatorischer Zwänge, sondern durch eigene Entscheidung aus den Angeboten wählen können.

Zum Teil wird von den Verbänden bemängelt, dass der *Informationsfluss* zwischen Schule und freiem Träger noch schlecht ist. Hier fehlen zum Teil noch die feste Einbindung in die Schulstruktur und der regelmäßige und institutionalisierte Kommunikationsaustausch zwischen Lehrkräften und außerschulischen Partnern. In vielen Projekten fehlen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beispielsweise Informationen über An- und Abwesenheit der Schülerinnen und Schüler. Ein pädagogisches Gesamtkonzept ist vor Ort ebenfalls nicht immer erkennbar. Von Schülerinnen und Schülern wird z.B. kritisiert, dass es zu wenig Pausen oder Freizeit ohne Aufsicht gibt. Außerdem fehlen zum Teil dem Bewegungsdrang entsprechende Angebote. Hinzu kommt, dass meist ein genereller Raumwechsel zwischen Vor- und Nachmittag nicht möglich ist, auch weil oft eigene Räume für Projekte an den Schulen fehlen.

Um längerfristig kontinuierliche Ansprechpartner vor Ort bieten zu können, benötigen die Verbände noch eine entsprechende Ausstattung auch mit hauptamtlichen Kräften, die die Kontakte zur Schule weiter intensivieren und die Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter beraten. Teilweise fehlen den Schulen insbesondere am Nachmittag bisher auch kontinuierliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner (z.B. Lehrkräfte, Hausmeister). Hier müssen viele Schulen längerfristig ihre zeitliche Erreichbarkeit im Nachmittagsbereich noch ausbauen.

Eltern favorisieren für ihre Kinder an der Ganztagschule insbesondere eine intensive Hausaufgabenbetreuung. Hier muss deutlich gemacht werden, dass es in der Ganztagschule nicht um reine Betreuungs-, sondern um Bildungsangebote in einem weiteren Sinne geht.

### **Vorbereitung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**

Die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden zwar in den Jugendverbänden bereits pädagogisch umfangreich qualifiziert, es ist jedoch wichtig, an den Ganztagschulen nur langjährig erfahrene Ehrenamtliche oder hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzusetzen. Insbesondere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im pädagogischen Bereich eine Ausbildung oder ein Studium begonnen haben und eventuell auch schon Praktikaerfahrung außerhalb der Verbandsarbeit (offene Jugendarbeit, Migrantinnen- und Migrantinnenarbeit) gesammelt haben, eignen sich gut für die Arbeit an Schulen.

Es ist sinnvoll, in spezifischen Fortbildungen für an Ganztagschulen tätige Ehrenamtliche das „andere“ Setting Schule zu thematisieren (z.B. keine Freiwilligkeit, andere Herangehensweisen) und sich in einer Art struktureller Einführung mit den Regeln des Systems Schule auseinander zu setzen, auch um andere und neue Konfliktlinien verstehen zu lernen und ein strukturelles Ineinandergreifen ansatzweise möglich zu machen. Des Weiteren ist es wichtig, die Bereiche „eigene Interessenswahrnehmung“ und „schulische Kommunikationsstrukturen“ sowie den rechtlichen Rahmen der Schule kennen zu lernen. Schulungen von Ehrenamtlichen im situationsbezogenen Umgang mit schwierigen oder

verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen und im Bereich Konfliktschlichtung sind ebenfalls sinnvoll. Gemeinsame Fortbildungen von pädagogischen Fachkräften mit Lehrerinnen und Lehrern können schließlich den fachlichen Diskurs und die Zusammenarbeit stärken.

Hauptamtliche müssen die Aufgabe der Vernetzung mit der Schule und des kontinuierlichen Informationsaustausches mit der Schule forcieren, damit keine Irritationen oder Kommunikationsprobleme entstehen. Dies stellt einen nicht zu unterschätzenden Arbeitsumfang dar, der für Ehrenamtliche allein meist zeitlich nicht leistbar ist. Hauptamtliche müssen Ehrenamtliche darüber hinaus intensiv unterstützen und in Richtung Supervision begleiten. Hier müssen Überlegungen hinsichtlich einer festen Struktur für qualifizierte Betreuung und Begleitung angestellt werden. Es gibt in einzelnen Verbänden bereits Überlegungen, eine Art Regionalbeauftragtenstruktur einzurichten.

### **Partnerschaftliche Zusammenarbeit von Jugendverbänden und Schulen**

In Vorgesprächen zu geplanten Projekten müssen die Hauptamtlichen mit der Schule klare Absprachen treffen und Aspekte wie Zwischenreflexionen, Möglichkeiten zum Informationsaustausch und Abschlussreflexion besprechen. Eine wichtige Voraussetzung für eine gelingende Kooperation von Schule und Jugendarbeit ist die gegenseitige Anerkennung von Schule und Verband als gleichberechtigte Partner/innen, verbunden mit der garantierten fachlichen und inhaltlichen Unabhängigkeit der Verbände. Gleichzeitig müssen den Partnerinnen und Partnern ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede (auch bezogen auf ihre spezifischen Interessenlagen) bewusst sein. Wichtig ist deshalb der bereits erwähnte regelmäßige Erfahrungs- und Informationsaustausch zwischen den Kooperationspartnern und ihre Vernetzung. Problematisch bleibt, dass es für kleinere Verbände mit überwiegend ehrenamtlicher Struktur ohne zusätzliche Förderung finanziell und zeitlich schwierig bleibt, überhaupt mit Angeboten an die Schulen zu gehen.

Wichtig ist, dass die Rahmenbedingungen der Kooperationen mit qualitativen Mindeststandards auf Bundesland- und Schulebene mit den Partnerinnen und Partnern vertraglich festgelegt und somit abgesichert werden. Vor Ort müssen klare Absprachen getroffen werden. Dies bedeutet, dass beispielsweise die Bereiche Qualifikation und Fortbildung des Personals, Zeiten, Raumfragen, Verantwortungsbereiche (Dienst- und Aufsichtspflicht, inhaltliche Eigenverantwortung, Versicherungsschutz), verlässliche Finanzierung und Angebotsinhalte klar geregelt werden. An Ganztagschulen sollten nur Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einer pädagogischen Grundqualifikation arbeiten (d.h. langjährig tätige Ehrenamtliche und Hauptamtliche aus der Jugendarbeit).

Vor der Errichtung einer Ganztagschule sollte eine umfassende Sozialraumanalyse stattfinden, insbesondere um den Bedürfnissen der Schüler/innen vor Ort eine starke Gewichtung zu geben. Hier sollte die Schule auf die Möglichkeiten und Kenntnisse der örtlichen Jugendhilfe zurückgreifen und eng mit ihr zusammenarbeiten.

Die Jugendarbeit sollte schon bei der Errichtung von Ganztagschulen in die Diskussion eingebunden werden, ebenso wie auch Eltern und Lehrkräfte partizipieren sollten. Dies ist bisher noch nicht in ausreichendem Maße geschehen. „Gelebte Jugendpolitik“ (Blum 2003) beinhaltet, dass in der Schule zukünftig demokratisches Handeln durch Mitentscheidung, Mitgestaltung und Mitverantwortung von Kindern und Jugendlichen eine bedeutende Rolle spielen muss. Für die neuen Ganztagschulen bedeutet dies vor allem, dass Bedürfnisse und

Motivationen von Schülerinnen und Schülern ernst genommen werden müssen und dass es ihnen ermöglicht wird, an der Gestaltung des Schullebens aktiv zu partizipieren.

Grundsätzlich muss die Jugendverbandsarbeit weiterhin selbstbewusst auf ihr eigenes Profil achten, ihren Bildungsanspruch betonen und sich in allen Debatten und Kooperationen „in gleicher Augenhöhe“ mit den Schulen befinden. Die pädagogische Qualität sowie eine den Erwartungen aller Beteiligten entsprechende pädagogische Gesamtkonzeption und eine beginnende kontinuierliche Evaluation vor Ort müssen dabei von Anfang an vorhanden sein.

#### *Anmerkung:*

(1) Im Folgenden werden einige Ergebnisse einer kleinen Verbändebefragung im Landesjugendring Rheinland-Pfalz von November bis Dezember 2002 dargestellt.

#### *Literatur:*

*Blum, Andreas:* Auf dem Weg zu einer neuen Schulkultur – Ganztagschule in Rheinland-Pfalz, in: hessische Jugend 3/2003, Wiesbaden 2003

*Blum, Andreas:* Befragung der Jugendverbände zur Kooperation mit Ganztagschulen, unveröffentlichtes Man., Mainz 2002.

*Blum, Andreas:* Die offene Ganztagschule in Rheinland-Pfalz – Eine jugendpolitische Herausforderung für die Jugendverbände, in: Exzess 3/2003 (Zeitschrift des Jugendwerks der Arbeiterwohlfahrt), Bonn 2003.

*Blum, Andreas:* Gelebte Jugendpolitik. Kooperationen von Jugendarbeit und Ganztagschule in Rheinland-Pfalz, in: BDKJ-Journal 5/2003, Berlin 2003.

*Blum, Andreas:* Jugendverbände in der offenen Ganztagschule. Ein durch Landesmittel gefördertes Projekt des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz zur Begleitung von Kooperationen der Jugendverbände mit Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz, in: deutsche Jugend 9/2003, Weinheim 2003.

*Blum, Andreas:* Kooperationen von Jugendverbänden und Ganztagschule in Rheinland-Pfalz, in: Optimist 2/2003 (Zeitschrift des Landesjugendringes Schleswig-Holstein), Kiel 2003.

*Land Rheinland-Pfalz:* Kinder- und Jugendpolitik des Landes – Landesjugendplan 2002/03 (Durchführungsplan).

*Leipziger Thesen* zur aktuellen bildungspolitischen Debatte vom 10. Juli 2002, erstellt vom Bundesjugendkuratorium, der Sachverständigenkommission für den Elften Kinder- und Jugendbericht und der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ), Bonn/Berlin/Leipzig 2002.

#### *Zum Autor:*

Andreas Blum, Diplom-Pädagoge, Jahrgang 1969, mehrjährige Tätigkeit in der offenen Jugend- und Stadtteilarbeit, in Schulsozialarbeits- und geschlechtsbezogenen Medienprojekten, verschiedene Referententätigkeiten und Veröffentlichungen, zur Zeit Bildungsreferent beim Landesjugendring Rheinland-Pfalz und Leitung des Projektes „Kooperation von Jugendarbeit und Ganztagschule“

#### *Bei Anfragen zu Vorträgen zum Thema Ganztagschule:*

Andreas Blum

Landesjugendring Rheinland-Pfalz

Raimundstr. 2

55118 Mainz

Tel.: 06131/96 02 03

Fax: 06131/611226

E-Mail: [blum@ljr-rlp.de](mailto:blum@ljr-rlp.de)

Homepage: [www.ljr-rlp.de](http://www.ljr-rlp.de)